Eure Rede sei Ja, Ja oder Nein, Nein, was darüber ist, das ist vom Übel, sagt Matthäus in der Bibel. Der EKD-Vorsitzende Bischof Huber kann offenbar Ja und Nein zugleich sagen – und davon könnte einem Übel werden | Veröffentlicht am: 23. November 2005 | 1

Vom Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Wolfgang Huber, haben wir gerade in letzter Zeit, anlässlich der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin viele nachdenkliche Reden und Interviews gehört, in denen er sich mahnend für die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit ausgesprochen hat. Wenn er sich aber nicht an seine Mitchristen sondern an Politiker wendet, wird er aber offenbar selbst zum Politiker und biedert sich an.

Was ist es anderes als schiere Anbiederung und damit letztlich ein Verlust an Glaub- und Vertrauenswürdigkeit in kirchliches Engagement, wenn Bischof Huber folgende Sätze veröffentlichen lässt:

> Die große Koalition habe in ihrem Koalitionsvertrag deutlich gemacht, dass sie ihre parlamentarische Mehrheit für **strukturelle Reformen** nutzen wolle. Sie kündige große eigene Anstrengungen an und wolle zugleich das Vertrauen der Menschen in die Zukunftsfähigkeit ihres Landes stärken. **Dafür setze sich auch die EKD ein.** (…) Deshalb nehme ich dankbar zur Kenntnis, dass Sie sich dieser Aufgabe stellen wollen.

Huber sicherte der Bundeskanzlerin die Fürbitte und aktive Unterstützung der evangelischen Kirche zu.

Oder:

Dem scheidenden Bundeskanzler Gerhard Schröder dankte Huber in einem Schreiben für sein Wirken "im Interesse unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger". Es sei Gerhard Schröder und seiner Regierung als besonderes Verdienst anzurechnen, **die notwendige Reform der sozialen Sicherungssysteme trotz zum Teil massiven Widerstandes in Angriff** genommen zu haben.

> Mit großem Respekt habe ich verfolgt, wie Sie an Ihrer politischer Überzeugung auch unter Inkaufnahme schmerzlicher persönlicher Erfahrungen und möglicher politischer Rückschläge unbeirrt festhielten, ohne sich dabei aber nötigen Korrekturen zu verschließen", schreibt der Ratsvorsitzende an Gerhard Schröder.

Weiß Huber eigentlich, wovon er redet, wenn er die aktive Unterstützung der Evangelischen Kirche für „strukturellen Reformen" andient? Weiß er nicht, dass sich hinter „strukturellen

Reformen“ im Falschsprech der Wirtschaftsliberalen nichts anderes als Sozialabbau, weniger Staat und mehr Markt, weniger Solidarität und mehr Eigenverantwortung (sprich private Vorsorge) verbirgt?

Wie „glaub“-würdig sind Hubers pastorale Worte an die Gläubigen über soziale Gerechtigkeit, wenn er Schröder als Verdienst anrechnet, die „notwendige Reform der sozialen Sicherungssysteme“ (und dazu gehört schließlich auch die Arbeitslosenversicherung und Alg II) „trotz massiven Widerstandes in Angriff genommen zu haben“? Haben nicht gerade viele Pfarrer, die vor Ort mit den Auswirkungen konfrontiert sind, diesen Widerstand mitgetragen?

Was meint eigentlich Bischof Huber damit, dass Schröder die Reform der sozialen Sicherungssysteme „in Angriff genommen“ habe. Meint er etwa, man müsse den „Angriff“ auf den Sozialstaat fortsetzen? Und das mit der „Fürbitte und aktiven Unterstützung“ der Kirche?

Fühlt sich die Amtskirche in Deutschland wirklich schon wieder so ohnmächtig, dass sie keine andere Wahl sieht, als sich den Mächtigen nur noch anzubiedern? Wo ist eine sich zur sozialen Gerechtigkeit bekennende Kirche?

Quelle 1: Presseportal der EKD
Quelle 2: Berichterstattung über die Synode der EKD in der WELT